

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

17. WP - 5. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. Februar 2010, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

|                                      |                              |
|--------------------------------------|------------------------------|
| Susanne Herold (CDU)                 | Vorsitzende                  |
| Heike Franzen (CDU)                  |                              |
| Marion Herdan (CDU)                  |                              |
| Mark-Oliver Potzahr (CDU)            | i. V. von Daniel Günther     |
| Wilfried Wengler (CDU)               |                              |
| Hans Müller (SPD)                    |                              |
| Martin Habersaat (SPD)               |                              |
| Dr. Henning Höppner (SPD)            |                              |
| Cornelia Conrad (FDP)                |                              |
| Kirstin Funke (FDP)                  |                              |
| Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) |                              |
| Björn Thoroë (DIE LINKE)             | i. V. von Ellen Streitbürger |
| Lars Harms (SSW)                     | i. V. von Anke Spoorendonk   |

### **Weitere Abgeordnete**

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| <b>Tagesordnung:</b> |  | <b>Seite</b> |
|----------------------|--|--------------|
| <b>1.</b>            | <b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes und des Schulgesetzes</b>  | <b>4</b>     |
|                      | Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE<br>Drucksache 17/179 (neu)  |              |
| <b>2.</b>            | <b>Novellierung des Schleswig-Holsteinischen Denkmalschutzgesetzes</b>   | <b>5</b>     |
|                      | Bericht der Landesregierung<br>Drucksache 17/166   |              |
| <b>3.</b>            | <b>Situation des Landestheaters</b>  | <b>6</b>     |
| <b>4.</b>            | <b>Berichterstattung der Landesregierung über die Ergebnisse der 328. Kultusministerkonferenz</b>  | <b>7</b>     |
| <b>5.</b>            | <b>Bericht der Landesregierung über Erkenntnisse aus den Berichten der Hochschulen zur Zielvereinbarungsperiode 2004 bis 2008 sowie darüber hinausgehenden Informationsgewinn aus dem laufenden Hochschulcontrolling</b> | <b>9</b>     |
|                      | Drucksache 17/130  |              |
| <b>6.</b>            | <b>Verschiedenes</b>   | <b>10</b>    |

Die Vorsitzende, Abg. Herold, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes und des Schulgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 17/179 (neu)

(überwiesen am 29. Januar 2010)

Die Abg. Erdmann, Herdan und Conrad vermissen Aussagen der LINKEN zu den finanziellen Auswirkungen ihres Gesetzentwurfs.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Bildungsausschuss einstimmig, schriftliche Stellungnahmen zum Gesetzentwurf Drucksache 17/179 (neu) einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer bis zum 19. Februar 2010 zu benennen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Novellierung des Schleswig-Holsteinischen Denkmalschutzgesetzes**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 17/166

(überwiesen am 29. Januar 2010 zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. Harms teilt M Dr. Klug mit, die bisherigen Planungen sähen vor, bis Ende des Jahres einen Referentenentwurf zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes zu erarbeiten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Situation des Landestheaters**

Die Vorsitzende teilt unter Hinweis auf die Gespräche am 18. Januar und 1. Februar 2010 mit, die Bemühungen der kulturpolitischen Sprecher, die am 22. Februar um 17 Uhr im Rendsburger Theater an einem Gespräch mit den kommunalen Landesverbänden teilnahmen, um eine Lösung gingen weiter.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Berichterstattung der Landesregierung über die Ergebnisse der  
328. Kultusministerkonferenz**

M Dr. Klug berichtet über die Ergebnisse der letzten KMK (Konzeption zur Nutzung der Bildungsstandards für die Unterrichtsentwicklung, Stärkung der Begabungsförderung und der beruflichen Bildung).

Auf eine Frage von Abg. Strehlau zur ortsnahen Beschulung im berufsbildenden Bereich erwidert St Zirkmann, schleswig-holsteinische Berufsschülerinnen und Berufsschüler könnten nur noch Berufsschulen in Hamburg besuchen, wenn ihre Fahrzeit zur Berufsschule 60 Minuten übersteige und Hamburg eine entsprechende Ausbildung anbiete. Es sei nicht wirtschaftlich, wenn Schleswig-Holstein für die Beschulung von Berufsschülern in Hamburg Geld zahle und gleichzeitig entsprechende Kapazitäten im eigenen Land vorhalte. Die Verwaltungsvereinbarung für das Jahr 2010 sei unterschriftsreif; die Verhandlungen über das Gastschulabkommen danach hätten noch nicht begonnen.

Abg. Dr. Höppner möchte wissen, ob bestehende öffentlich-rechtliche Schulverhältnisse von schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schülern an Hamburger Schulen bis zum Erreichen des jeweiligen Schulabschlusses Bestand hätten.

M Dr. Klug äußert, nach der Rechtsauffassung des Bildungsministeriums hätten betroffene Eltern das Recht und „gute Karten“, gegen negative Entscheidungen der Hamburger Schulbehörde anzugehen. Für die Aufnahme neuer Schülerinnen und Schüler gölten Härtefallkriterien. Hamburg scheine nicht zu beabsichtigen, die in den vergangenen Jahren entgegen der Vereinbarung aufgenommenen Schülerinnen und Schüler abzuweisen.

Abg. Strehlau spricht sich dafür aus, einen fairen Interessenausgleich zu schaffen und die Schulwahl möglichst frei zu gestalten. Es mache wenig Sinn, in Schleswig-Holstein Kapazitäten vorzuhalten, wenn viele Schülerinnen und Schüler in Hamburg zur Schule gehen wollten.

Abg. Habersaat appelliert, angesichts der Entwicklung der Schülerzahlen im Hamburger Rand nicht jetzt „die Grenzen hochzuziehen“.

M Dr. Klug erinnert daran, dass das von der rot-grünen Landesregierung geschlossene Gastschulabkommen von 2004 eine Begrenzung auf Härtefälle und deutliche Einschränkungen für die Aufnahme schleswig-holsteinischer Schülerinnen und Schüler an Hamburger Schulen vorsehe. Er teile die Einschätzung, dass man in der Lage sei, grundsätzlich allen schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schülern ein adäquates und ausreichendes Schulangebot in Schleswig-Holstein bieten zu können.

St Dr. Andreßen berichtet über die von der Kultusministerkonferenz verabschiedete Weiterentwicklung der Bachelor- und Masterstudiengänge, die zu einer höheren Flexibilität und Öffnung zum Masterstudiengang führen solle. Die Gesamtregelstudienzeit für ein Vollzeitstudium in konsekutiven Studiengängen bleibe bei fünf Jahren.



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über Erkenntnisse aus den Berichten der Hochschulen zur Zielvereinbarungsperiode 2004 bis 2008 sowie darüber hinausgehenden Informationsgewinn aus dem laufenden Hochschulcontrolling**

Drucksache 17/130

(überwiesen am 28. Januar 2010 zur abschließenden Beratung)

Eine Frage von Abg. Harms beantwortet St Dr. Andreßen dahin, das Ministerium werde sich mit den Hochschulen auf eine Optimierung des Berichts und insbesondere der Aktualität verständigen.

Abg. Thoroë hält es für problematisch, die Kennziffer „Absolventen je Professor“ als Merkmal für eine gute Hochschule zugrunde zu legen. Eine niedrige Absolventenzahl je Professor bedeute ein gutes Betreuungsverhältnis und sei Merkmal für eine gute Hochschule.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Ausschuss verständigt sich, zum Thema **G8**, Drucksachen 17/90 und 17/138, zunächst schriftliche Stellungnahmen einzuholen und über eine zusätzliche mündliche Anhörung später zu entscheiden.
- b) Unter Hinweis auf das Gespräch mit Studierenden am 16. Dezember 2009 greift die Vorsitzende den Vorschlag auf, einen **Gesprächskreis mit Studierenden** einzurichten. Intention sei, dass die Studierenden konstruktive Vorschläge zur Änderung der Hochschulgesetzgebung sowie zur Verbesserung der Studienorganisation und Struktur der Bachelor- und Masterstudiengänge einbrächten.

Auf Anregung von Abg. Franzen kommt der Ausschuss überein, dass sich die hochschulpolitischen Sprecher über die Zusammensetzung und Arbeitsweise eines solchen Gesprächskreises verständigen, dem neben den hochschulpolitischen Sprechern Vertreter der Hochschulen, des Wissenschaftsministeriums und insbesondere der Studierenden angehören sollen.

- c) Auf eine Frage von Abg. Andresen sagt St Dr. Andreßen zu, über den Stand der Überarbeitung der **Kapazitätsverordnung** schriftlich zu berichten.
- d) Die Vorsitzende schlägt - unterstützt von Abg. Dr. Höppner - vor, eine **Informationsreise des Bildungsausschusses** in die Partnerregion Pays de la Loire durchzuführen, mit der Schleswig-Holstein seit 1992 eine Partnerschaft unterhalte und es konkrete Austausch- und Kooperationsprojekte mit Jugendlichen in Schule und Ausbildung gebe.

Die Abg. Erdmann und Conrad favorisieren eine innerdeutsche Informationsreise zum Thema G8.

Abg. Harms unterstützt das Vorgehen, dass sich das Reiseziel an der Agenda des Ausschusses orientiere.

Die Fraktionen werden gebeten, bis zur nächsten Sitzung Vorschläge für das Ziel einer Informationsreise zu unterbreiten.

e) Das geplante Gespräch mit dem Präsidium der CAU wird verschoben.

Auf eine Frage von Abg. Harms sagt die Vorsitzende zu, dass der Bildungsausschuss auch mit der **Universität** Flensburg ein Gespräch führen werde.

Die Vorsitzende, Abg. Herold, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Susanne Herold

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer